

Landtag

19. Sitzung vom 15. April 1994

Sitzungsprotokoll

(Beginn um 16.08 Uhr)

Vorsitzende: Erste Präsidentin Christine Schirmer und Zweiter Präsident *Outolny*.

Schriftführer: Die Abgen Elisabeth Fleischmann, Dr Marek, Mag Heidemarie Unterreiner und Renate Winklbauer.

1. Entschuldigt sind die Abgen Dkfm Dr Aigner und Neumann.

2. In der Fragestunde werden von Präsidentin Christine Schirmer folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 751/LM): Abg Susanne Jerusalem an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen:

Wie viele Jahre wird das Land Wien benötigen, um so viele Klassen in ganztägiger Schulform zu führen, daß das angestrebte Ziel eines 40%igen Versorgungsgrades erreicht ist?

2. Anfrage (PrZ 757/LM): Abg Mag Karl an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen:

Ist die Auflassung von Wiener Berufsschulen geplant?

3. Anfrage (PrZ 738/LM): Abg Dr Günther an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke:

Welche Inhalte der vom Wiener Landtag beschlossenen Europadeklaration haben Sie bei Ihren Verhandlungen in Brüssel durchgesetzt?

4. Anfrage (PrZ 724/LM): Abg Mag Ruth Becher an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen:

Die Ausschreibungsfrist für die Bewerbungen für die Kinder- und Jugendanwälte nach dem novellierten § 10 Abs 3 des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes 1990 ist vor kurzem abgelaufen. Wie viele Bewerbungen sind im Rahmen dieser Ausschreibung insgesamt eingelangt?

5. Anfrage (PrZ 725/LM): Abg Riepl an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen:

Welche Veranlassungen wurden getroffen, um die Nachmittagsbetreuung schulpflichtiger Kinder auszubauen?

6. Anfrage (PrZ 752/LM): Abg Hannelore Weber an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport:

Was wurde aufgrund des gemeinsamen Beschlußantrages der Landtagsabgeordneten Brix und Weber vom 19. November 1993 betreffend Aufhebung der Verpackungsverordnung von den zuständigen Stellen, insbesondere vom Bundesministerium für Jugend, Umwelt und Familie, im

Sinne dieses Antrages unternommen?

3. Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß von Abgen der Grünen Alternative Wien zwei Anfragen und von Abgen der Freiheitlichen Partei Österreichs eine schriftliche Anfrage eingebracht wurden:

(PrZ 2047/LF) Anfrage des Abg Margulies an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen, betreffend Vorliegen des angekündigten Entwurfs eines Pflegeheimgesetzes.

(PrZ 2048/LF) Anfrage der Abg Hannelore Weber an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen, betreffend Erfüllung des Bettenabbauübereinkommens entsprechend der Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis 1994.

(PrZ 2046/LF) Anfrage der Abg Brigitte Schwarzklement an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen, betreffend Betreuung schwerstbehinderter Kinder.

Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß von Abgen der Grünen Alternative Wien einer und von Abgen der Freiheitlichen Partei Österreichs drei Anträge eingebracht wurden:

(PrZ 2052/LAt) Der Antrag der Abgen Jutta Aouas-Sander, Dr Friedrun Huemer, Susanne Jerusalem, Kenesei, Margulies, Dr Pilz und Hannelore Weber, betreffend Zugänglichkeit von Studien, die mit Geldern des Landes Wien erstellt wurden, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal zugewiesen.

(PrZ 2049/LAt) Der Antrag der Abg Mag Heidemarie Unterreiner, betreffend der Wiederanbringung der Gedenktafel beim Eingangstor des Oberstufenrealgymnasiums Hegelgasse 12, wird dem Landeshauptmann zugewiesen.

(PrZ 2050/LAt) Der Antrag der Abgen Römer, Ilse Arie und Mag Kowarik, betreffend Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen zugewiesen.

(PrZ 2051/LAt) Der Antrag der Abgen Römer, Ilse Arie und Mag Kowarik, betreffend die Verabschiedung einer Resolution des Wiener Landtags an den Bundesgesetzgeber der Republik Österreich zur Novellierung des Rezeptpflichtgesetzes, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen zugewiesen.

(PrZ 2053/LAt) Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß die Abgen Ing Svoboda, Effenberg und Prinz gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eines Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Wiener Kleingartengesetz

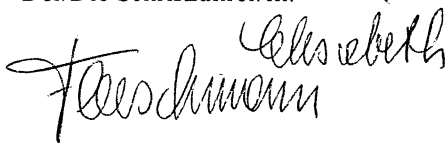
geändert wird, eingebracht haben und weist diesen Antrag dem Ausschuß für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr zu.

(PrZ 2054/LAt) Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß die Abgen Mag Ruth Becher, Faymann und Georg Fuchs gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes - WWFSG 1989, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Ausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung zu.

(PrZ 1985/LF) Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß die Abgen Dipl Ing Dr Pawkowicz, Dr Günther, Ingrid Kariotis und Dr Stix eine an den Landeshauptmann gerichtete Anfrage, betreffend die Ergebnisse der Beitrittsverhandlungen Österreichs zur Europäischen Union (EU) und deren Auswirkungen auf das Bundesland Wien, eingebracht und gemäß § 39 Abs 1 der Geschäftsordnung die mündliche Begründung dieser Anfrage durch den Fragesteller und die Durchführung einer Debatte über den Gegenstand verlangt haben.

Präsidentin Christine Schirmer gibt bekannt, daß dieses Verlangen von der im § 39 Abs 1 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet ist und somit die mündliche Begründung und die Debatte über

Der/Die Schriftführer/in:



den Gegenstand vor Schluß der Sitzung erfolgen werden.

Berichterstatter: LhptmSt Mayr

4. (PrZ 71, P 1) Der in der Beilage Nr 2 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren, das Wasserversorgungsgesetz 1960 und das Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz 1978 geändert werden, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

Berichterstatter: LhptmSt Mayr

5. (PrZ 1174, P 2) Der in der Beilage Nr 3 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gebrauchabgabengesetz 1966 geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

6. (PrZ 1985/LF) Die Anfrage der Abgen Dipl Ing Dr Pawkowicz, Dr Günther, Ingrid Kariotis und Dr Stix, betreffend die Ergebnisse der Beitrittsverhandlungen Österreichs zur Europäischen Union (EU) und deren Auswirkungen auf das Bundesland Wien, wird nach Verlesung durch Schriftführer Abg Dr Marek von Abg Dipl Ing Dr Pawkowicz mündlich begründet.

Nach Durchführung der Debatte wird die Anfrage von Landeshauptmann Dr Zilk mündlich beantwortet.

(Schluß um 18.35 Uhr)

Die Erste Präsidentin

